Menschenrechtler mit Vorwürfen gegen Türkei-Einsatz in Afrin

18. Juli 2018

Göttingen (KNA) In der einst sehr liberalen und offenen Region sei durch Ansiedlung arabischer Radikalislamisten „praktisch das islamische Scharia-Recht“ eingeführt worden.

Schwere Vorwürfe hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) gegen die türkische Besatzungsmacht im nordsyrischen Kurdengebiet Afrin erhoben. „Alle kurdischen Schriften und Schilder wurden entfernt und auch der Kurdisch-Unterricht an den Schulen soll nach den Ferien nicht wieder aufgenommen werden“, berichtete der GfbV-Nahost-Experte Kamal Sido am Dienstag in Göttingen.

Nach GfbV-Angaben haben kurdische Aktivisten in der ersten Juli-Hälfte rund 120 Entführungen, sieben Morde, zehn Raubüberfälle und 27 Razzien dokumentiert. Außerdem seien vier Felder angezündet worden. „Das ist nur die Spitze des Eisberges“, beklagte Sido, der selbst aus Afrin stammt. „Seit Eroberung der Kurdenregion am 18. März hat das türkische Militär mindestens 3.000 Kurden verschleppt. Es gibt Schätzungen, dass sogar bis zu 7.000 Kurden verschwunden sind“, so der Menschenrechtler.

In der einst sehr liberalen und offenen Region sei durch Ansiedlung arabischer Radikalislamisten „praktisch das islamische Scharia-Recht“ eingeführt worden. „Frauen ohne Kopftuch wagen sich nicht mehr auf die Straße. Das Stadtbild wird von Männern mit langen Bärten und Frauen mit islamischer Niqab-Bekleidung bestimmt“, erklärte Sido. Durch diese Islamisierung sei ein jesidisches oder alevitisches Leben in Afrin nicht mehr möglich. Die etwa 1.000 Personen zählende, kleine christliche Gemeinde sei verschwunden.

(KNA – skrlr-89-00021)

Stand: 16. November 2026